

- FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK -

## **KREISTAGSFRAKTION**

---

**Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises  
am 04.12.2019 in Aglasterhausen**

**Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler**

**durch Marco Eckl**

**zu TOP 6**

### **Gebührenkalkulation und Neufassung der Satzung über die Kreislaufwirtschaft im Neckar-Odenwald-Kreis (Abfallwirtschaftssatzung Privathaushalte)**

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Brötel,

liebe Kreistagskolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Nachdem wir bei unserer letzten Sitzung in Schefflenz die Eckpunkte für unser neues Müllsammelsystem beschlossen haben, müssen wir heute über die damit verbundenen Gebührenerhöhungen und die Neufassung der Satzung über die Kreislaufwirtschaft im NOK beraten. Schon bei den letzten Sitzungen haben wir Freien Wähler darauf hingewiesen, dass es mit dem neuen Sammelsystem wohl zu Gebührenerhöhungen kommen wird. Dies ist nun auch unumgänglich.

Um es gleich vorweg zu nehmen. Auch ohne die Einführung der Bioenergietonne und dem neuen Sammelsystem wären die Müllgebühren für unser bisheriges Sammelsystem nicht mehr zu halten gewesen.

Und das hat gleich 2 Ursachen.

Zum einen sinken die Verwertungspreise immer weiter und zum anderen steigen die Kosten für die Entsorgung des Mülls immer mehr.

Einen erheblichen Einfluss auf die Erträge haben vor allem die rapide gesunkenen Verwertungspreise für wiederverwertbare Wertstoffe, wie z.B. das Altpapier. So sind die spezifischen Altpapierpreise in den letzten Jahren um rund 50 % gesunken. Bei einer Verwertungsmenge von jährlich rund 11500 Tonnen wirkt sich dies alleine mit rund 230.000 Euro negativ auf die Umsatzerlöse aus. Diese entfallenen Umsatzerlöse müssen dann zwangsläufig über die Gebühren kompensiert werden.

Gleichzeitig steigen auch die Entsorgungskosten für den Müll.

So sind die Kosten für die Verbrennung des Rest- und Sperrmülls nach der neuesten europaweiten Ausschreibung der Kwin um über 30 % gegenüber den bisherigen Entsorgungskosten gestiegen.

Seit Gründung der Kwin bewegen wir uns hier im öffentlich-rechtlichen Bereich und die Gebühren sind nach dem KAG (Kommunalabgabengesetz) auskömmlich zu kalkulieren.

So bleibt also nichts anderes übrig wie der Gebührenerhöhung zu zustimmen, da eine sonst auftretende Deckungslücke aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren wäre.

Dies ist zum einen mit den Haushaltsgrundsätzen aus § 78 der GemO nicht vereinbar und zum anderen kann sich der Landkreis dies auch in Anbetracht der Finanziellen Lage der Kliniken schlicht und ergreifend nicht leisten.

Die allermeisten Haushalte werden künftig leider mehr bezahlen müssen. Das ist natürlich zu allererst einmal ärgerlich. Aber durch Einführung einer Grundgebühr für alle Haushalte zahlen dann eben auch alle Nutzer des Sammelsystems, die bisher durch die Möglichkeit von Müllgemeinschaften bevorzugt waren, auch alle abrufbaren Leistungen der Kwin mit.

Und diese sind ja nicht unerheblich: Abfuhr des Restmülls und der Wertstoffe, Abfuhr der Bio und Papiertonnen, Abholung von Sperrmüll, Grüngutsammlungen, Unterhaltung und Einrichtung von Grüngutplätzen, Elektroschrottsammelstellen uvm.

Natürlich ist die Gebührenerhöhung für z.B. die 60 l Tonne von 166 Euro auf jetzt dann 204 Euro eine Steigerung um 23 %. Sieht man im Gegensatz aber dafür die Leistung, dass quasi jede Woche (einmal der Restmüll, dann die Biotonne, die Papiertonne und die Wertstofftonne) abgeholt werden und jeder Haushalt dann auch noch die Möglichkeit hat seinen Sperrmüll einmalig abholen zu lassen, sind das bei geschätzten 52 Abholungsvorgängen im Jahr gerade einmal 73 Cent pro Tonnenleerung.

Dies scheint unter den eingangs erwähnten Rahmenbedingungen, die zurzeit auf dem Müllmarkt herrschen, noch moderat.

Gut ist, dass das KAG vorsieht bei steigenden Einnahmen oder sinkenden Kosten die Gebühren angepasst werden müssen und eventuell erwirtschaftete Überdeckungen dann dem Gebührenzahler in den Folgejahren durch geringere Müllgebühren zu Gute kommen.

Warten wir die Entwicklung ab und appellieren an alle Nutzer, dass Sie das geänderte Müllsammelsystem ab dem neuen Jahr auch trotz der steigenden Müllgebühren akzeptieren und mithelfen weiteren Müll zu vermeiden und vor allem diesen richtig zu trennen.

Gerade dieses könnte dann wieder zu Gebührensenkungen führen.

Die Freien Wähler stimmen der Beschlussvorlage zu.